

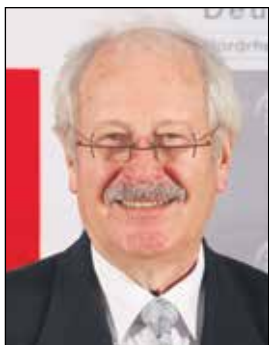


Liebe Mitglieder,

manches konnte erreicht werden, viele Aufgaben liegen noch vor uns. Der Landesverband blickt auf ein konstruktives Jahr 2014 zurück.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreis-, Bezirks- und Ortsverbänden leisten eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Auf unterschiedlichen Ebenen und in ganz verschiedenen Funktionen sind sie für die Menschen da.

Gerade die Weihnachtszeit ist für Menschen, die soziale Probleme haben, eine schwierige und oft auch einsame Zeit. Viele, die sich in unserem Verband engagieren, geben den Menschen Wärme und Hoffnung. Sie organisieren gesellige Treffen. Sie besuchen alte, einsame und chronisch kranke Menschen zu Hause, im Kran-



Klaus-Dieter Skubich

kenhaus und im Pflegeheim. Sie senden Weihnachtsgrüßkarten an diejenigen, die sonst nur wenig Post bekommen. Oder sie rufen bei den Menschen an und erkundigen sich, wie es ihnen geht. Dieses Engagement ist ein sehr großer Beitrag für unsere Gesellschaft und ich möchte allen, die sich vor Ort engagieren, im Namen des Landesvorstandes herzlich danken.

Unser Engagement wird getragen von Ihrer Mitgliedschaft

und Ihrem Beitrag, den Sie jedes Jahr treu leisten. Wir freuen uns, dass unsere Mitglieder hinter uns und diesem Konzept stehen.

Große Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus und das 40-jährige Bestehen unseres Haus am Kurpark in Brilon ist sicherlich etwas Besonderes. Auch die Vorbereitungen zum Landesverbandstag 2015 sind bereits in vollem Gange. Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes stellen alle Weichen, damit die erfolgreiche Arbeit des SoVD NRW fortgesetzt werden kann.

Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich von Herzen eine schöne, besinnliche Zeit und für das neue Jahr Gesundheit, Erfolg und alles Gute!

**Ihr Klaus-Dieter Skubich,
1. Landesvorsitzender**

SoVD NRW fordert Schritte zur Barrierefreiheit

Barrierenliste reicht nicht

Der SoVD NRW ist Partner des ehrenamtlich betriebenen Internetportals www.informierbar.de, das öffentliche Gebäude in NRW und deren Barrierefreiheit auflistet. Doch der Verband fordert bei dem Thema auch mehr Initiative seitens der Politik.

Landesvorsitzender Klaus-Dieter Skubich betont, Menschen mit Behinderung stießen in öffentlichen und privaten Gebäuden sowie Bussen und Bahnen immer noch auf viele Barrieren, die ihre Teilhabe erheblich einschränkten. Diese Hürden müssten systematisch festgestellt und Schritt für Schritt überwunden werden. Hierzu seien Land und Kommunen nach der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. „Die Freischaltung eines Internetportals, das gerade einmal 200 Gebäude im ganzen Bundesland listet, reicht dafür bei Weitem nicht aus“, so Skubich.

Der SoVD NRW kritisiert auch, dass die Feststellung der Barrieren komplett ehrenamtlichen Helfer übertragen wurde. Sie dürfe nicht allein vom freiwilligen Engagement abhängen. Der Verband fordert von Landesregierung und Kommunen gezielte Schritte, die die Barrierefreiheit ernsthaft voranbringen.



Foto: Nagel's Blickwinkel/fotolia

Selbst Neubauten erfüllen oftmals nicht die Anforderungen an wirkliche Barrierefreiheit.

Zweite Berliner Runde zur Zukunft der Pflege: Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz tagten gemeinsam

Kontrollen von Pflegeheimen bleiben nötig

„Vertrauen und Kontrolle – (k)ein Widerspruch?“, lautete der Titel der zweiten Berliner Runde zur Zukunft der Pflege, die am 7. November stattfand. Zu dem länderübergreifenden Austausch hatten die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen) und der rheinland-pfälzische Sozialminister Alexander Schweitzer (SPD) verschiedene Expertinnen und Experten aus Bund, Ländern, Pflege und Selbsthilfe nach Berlin eingeladen.

Vor allem ging es dabei um die Rolle von Ordnungsbehörden und Medizinischem Dienst der Krankenkassen (MDK). In Nordrhein-Westfalen soll ein Maßnahmenbündel die Wohn- und Versorgungsqualität von stationären Einrichtungen verbessern.

NRW: Kontrollen bleiben nötig – auch unangemeldet

Kontrollen seien auch in den besten Einrichtungen unverzichtbar, erklärte Ministerin Steffens. Es gehe darum, die richtige Balance zwischen Kontrolle und Vertrauen zu finden. Steffens führte aus: „Wir müssen gemeinsam das Vertrauen in eine gute Pflege stärken. Und wir müssen die Pflegekräfte dort, wo es geht, von Bürokratie entlasten, damit ihnen mehr Zeit für Zuwendung bleibt.“

In seinem neuen Landespflege- und Ordnungsrecht änderte

das Land schon die Vorgaben für die Regelprüfungen: Bei Pflegeeinrichtungen, deren letzte Jahresprüfung keine wesentlichen Mängel ergab, genügt nun eine Regelprüfung alle zwei Jahre. „Es bleibt aber ausdrücklich dabei, dass diese Prüfungen unangemeldet erfolgen. Ohne – auch unangemeldet – Kontrolle kommen wir nicht aus“, so Steffens.

Gleichzeitig mit der Lockerung bei den Regelprüfungen erhöhte NRW die Qualitätsvorgaben. Jede Einrichtung muss künftig zum Beispiel Konzepte erarbeiten, wie sie Gewalt in der Pflege und freiheitsbeschränkende Maßnahmen vermeiden will. Die Mitbestimmungsrechte von Bewohnerinnen und Bewohnern wurden gestärkt. Und die Anforderungen an die fachliche Qualifikation von Einrichtungsleiterinnen und Einrichtungsleitern stiegen.

Rheinland-Pfalz: Verantwortung fördern

Rheinland-Pfalz dagegen will mehr Eigenverantwortung der Heime. Sozialstaatssekretär David Langner (SPD) sagte, es müsse kritisch hinterfragt werden, ob das bisherige Prinzip der unangemeldeten Regelprüfungen noch ein zukunftsfähiges Modell sei, um gute Pflege sicherzustellen und Pflegemissstände zu verhindern. Er setze auf vertrauensvolle Zusammenarbeit; denn die meisten Einrichtungen engagierten sich sehr für eine gute Pflege und seien bereit, mit der zuständigen Behörde Beratungsgespräche aufzunehmen. Darum wolle das Land die Einrichtungen in ihrer Verantwortung stärken und fördern. Wenn es jedoch Beschwerden oder Hinweise auf Mängel gebe, solle das Instrument der unangemeldeten Prüfung weiter eingesetzt werden.



Foto: Stefan Redel/fotolia

Ob eine Einrichtung gut ist oder Mängel hat, prüfen derzeit Ordnungsbehörden und Medizinischer Dienst der Krankenkassen.

Behindertenbeauftragte für Regelprüfungen

Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, sagte, die „faktische Abschaffung der Regelprüfungen“ würde nicht dem Anspruch gerecht, gute Pflege zu gewährleisten. Nur objektive, einheitliche Kri-

terien schützten vor Missständen. Kontrolle schließe Dialog und partnerschaftliche Prozesse nicht aus: „Letztendlich sollte das gemeinsame Ziel ein modernes, flexibles und transparentes Pflegesystem sein, das Betroffenen und ihren Angehörigen Sicherheit bietet“, so Bentele.

Quelle: MGEPA